



13. Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung -  
Beschlussvorlage: 062/2023
14. Beratung und Beschlussfassung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024  
Beschlussvorlage: 064/2023/1
15. Beratung und Beschlussfassung: Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022  
Beschlussvorlage: 072/2023
16. Beratung und Beschlussfassung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2024  
Beschlussvorlage: 058/2023
17. Beratung und Beschlussfassung: Gewährung einer Zuwendung an die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH zum Kauf einer barrierefreien 4. Straßenbahn im Jahr 2024  
Beschlussvorlage: 067/2023
18. Beratung und Beschlussfassung: Gewährung einer Zuwendung an die Gemeinde Grünheide (Mark) für die Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes Fangschleuse (Neubau) in den Jahren 2024-2026  
Beschlussvorlage: 068/2023
19. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740, Abschnitt 010, untergliedert in zwei Bauabschnitte: 1. BA Ortsausgang Demnitz bis Ortseingang Steinhöfel und 2. BA von der L 38 bis Ortseingang Demnitz  
Beschlussvorlage: 069/2023
20. Beratung und Beschlussfassung: Schaffung zusätzlicher Raumkapazitäten an der Erich Kästner - Schule Fürstenwalde, Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“  
Beschlussvorlage: 070/2023
21. Beratung und Beschlussfassung: Rettungsdienstgebührensatzung 2024  
Beschlussvorlage: 071/2023
22. Veränderungen in den Ausschüssen
23. Fortsetzung TOP 9 - Beratung und Beschlussfassung: Neubesetzung des Kreisausschusses nach § 41 Absatz 6 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) Bestellung der Mitglieder und Stellvertreter für den Kreisausschuss  
Beschlussvorlage: 074/2023

## **II. Nichtöffentlicher Teil:**

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.10.2023 - nichtöffentlicher Teil
2. Beratung und Beschlussfassung: Begründung eines Beamtenverhältnisses ab Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienstes im Ergebnis eines Bewerberauswahlverfahrens gemäß § 20 Absatz 2 Nummer 1 Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 057/2023
3. Bestellung zur Dezernentin bzw. zum Dezernenten des Dezernates I  
Begründung eines Beamtenverhältnisses ab Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienstes im Ergebnis eines Bewerberauswahlverfahrens gemäß § 20 Absatz 2 Nummer 1 Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 073/2023

## **I. Öffentlicher Teil:**

### **Zu TOP 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Dr. Berger, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 27. Sitzung des Kreistages. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

***zugestimmt***

### **Zu TOP 2      Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende informiert, nach der Stellungnahme von Herrn Dr. Stiller, dass der Antrag 17/DIE LINKE/2023/NEU zu TOP 7 würde. Der Antrag 19/DIE LINKE/2023 wird von der Fraktion zurückgezogen.

Der Kreistagsvorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

***zugestimmt***

### **Zu TOP 3      Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.10.2023 - öffentlicher Teil**

Herr Dr. Berger stellt fest, dass keine Einwände zu der Niederschrift vom 11.10.2023 – öffentlicher Teil – vorlägen, sodass er um Bestätigung bittet.

***zugestimmt***

### **Zu TOP 4      Einwohnerfragestunde**

Herr Dr. Berger berichtet über den aktuellen Stand zur Petition zum Thema Schülerspezialverkehr zum Gauß Gymnasium. Die Prüfung der Kreisverwaltung habe erwiesen, dass die Zeiten nach dem jetzigen Fahrplan zu knapp für die Schüler seien. Daher bleibe das bisherige Verfahren bestehen.

Es gäbe allerdings keine dauerhafte Garantie auf diesen Transport, denn es werde weiterhin quartalsweise oder halbjährlich Überprüfungen geben, wenn Fahrplanwechsel in Kraft träten.

Zur Einwohnerfragestunde meldet sich nun Herr Unger, Vorstand der Gesellschaft für Arbeit und Soziales (GefAS).

Zunächst fragt er an, ob die Möbelkammern ihre Altmöbel kostenfrei abgeben könnten. Die Höhe der Kosten habe die Schließung einer der Möbelkammern zur Folge. Herr Buhrke teilt mit, dass dies im KWU Werksausschuss bereits eingehend diskutiert worden sei. Da es als gewerbliche Sammlung einzustufen sei, gäbe es wegen der gebührenrechtlichen Vorschriften wenig Möglichkeiten. Der Werksausschuss habe sich hier auf keine Ausnahme einigen können.

Des Weiteren möchte Herr Unger wissen, wieso der Landkreis Oder-Spree sich nicht in der ersten Bewilligungsrunde beim Landesministerium für Projekte zu Integrationskonzepten zur Armutsbekämpfung bei Kindern und Jugendlichen beworben habe. Frau Zarling antwortet daraufhin, dass die Armutsquote bei Kindern des Landkreises Oder-Spree verglichen mit der entsprechenden Armutsquote anderer Landkreise niedriger ausgefallen sei und daher voraussichtlich eine Bewerbung erst zur zweiten Bewilligungsrunde erfolgen werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Unger zu einem Stopp der Mehraufwandsentschädigungen (MAE) bei Ein-Euro-Jobs durch eine Haushaltssperre, entgegnet Frau Zarling, dass diese wieder aufgehoben worden sei und Zahlungen demnach weiterhin möglich sind. Allerdings würden immer weniger Personen die Voraussetzungen für eine Teilnahme erfüllen.

Aufgrund der Umfänglichkeit hat Frau Zarling eine schriftliche Antwort an Herrn Unger zugesichert zu den Themen: Projekte zur Migrationssozialarbeit, Integrationspauschale vom Land für 2024 und Brandenburg-Paket zur Weiterführung der Integrationsarbeit unter ukrainischen Geflüchteten.

Herr Dr. Berger schließt den TOP und weist die Online-Teilnehmer darauf hin, dass sie in der Kamera ersichtlich sein müssen, sonst gälten sie nicht als anwesend.

## **Zu TOP 5      Geschäftsbericht des Landrates**

Der Landrat, Herr Steffen, trägt den Geschäftsbericht vor. (Anlage 2)  
Zum letzten Punkt erläutert Herr Gehm den Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung und die Prognosen zum Aufnahmesoll in 2024. (Anlage 3)

***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 6      Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat**

Der Landrat geht auf die Anfrage der CDU ein. Das angefragte „Rahmenkonzept Personalentwicklung“ sei nun im Bürger- und Ratsinformationssystem des Landkreises bei TOP 6 einsehbar. Herr Buhrke erklärt den Hintergrund dessen auf Nachfrage von Herrn Luhn. (Anlage 5)

Die Anfrage von Herrn Winter zum Thema Parkplätze und Umsatzsteuer sei bereits schriftlich beantwortet worden und könne ebenfalls im Bürger- und Ratsinformationssystem des Landkreises unter TOP 6 nachgelesen werden. Herr Buhrke fasst die Antwort für Herrn Winter zusammen. (Anlage 4)

Herr Steffen teilt mit, dass es noch Anfragen der Fraktion BVB/Freie Wähler gegeben habe, die zu ihrer Frist nach dem Kreistag die Antworten erhalten werde. (Anlage 6)

Ergänzungen gibt es nicht, der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

**Zu TOP 7      Errichtung von Unterkünften für die Unterbringung von dem Landkreis zugewiesenen geflüchteten Personen in Schöneiche bei Berlin  
Vorlage: 17/DIE LINKE/2023/NEU**

Herr Dr. Berger übergibt das Wort an Herrn Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Dieser kritisiert, dass seit dem Baubeschluss zwei Jahre vergangen seien. Es hätten mehrjährige Vorbereitungen in mehreren Beratungsrunden stattgefunden, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Die angesprochenen Wohnungen könne man als Sozialwohnungen vermieten, wenn der Bedarf für Flüchtlingsunterkünfte sinken sollte. Er reicht einen Änderungsantrag zu Punkt 2 ein: „Die Finanzierung für einen Projektbeginn in 2024 ist sicherzustellen.“

Herr Papendieck befürwortet die Änderung. Der Bauantrag läge vor, sei beschieden und könne nun umgesetzt werden.

Herr Aulich empfiehlt den Antrag samt Änderung abzulehnen. Der Landkreis sei nicht für sozialen Wohnungsbau zuständig, die Zahlen rückläufig und genügend Unterkünfte gäbe es bereits. Die benötigten finanziellen Mittel seien auch nicht vorhanden.

Herr Buhrke geht auf die Finanzierung ein. Aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen sei eine Priorisierung zwingend notwendig gewesen. Es wurde sich darauf geeinigt, dass Schulen oberste Priorität hätten. Wenn im Haushaltsplan keine Finanzierung dafür vorgesehen ist, müsse man daher andere Wege suchen. Zum Beispiel einen privaten Partner finden, dies könne allerdings bei Projekten zum sozialen Wohnungsbau schwierig sein, außerdem sei die Gemeinde zuständig. Es gäbe aber Unternehmen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Das Ministerium würde dem Landkreis wahrscheinlich nicht die Fördermittel bereitstellen, die Voraussetzungen für diese Kreditaufnahme seien ebenfalls nicht gegeben und es gäbe in Brandenburg keinen anderen Landkreis der etwas Vergleichbares durchgesetzt habe.

Herr Beier stimmt Herrn Aulich und Herrn Buhrke zu. Er sei gegen den Antrag.

Herr Dr. Pech verteidigt erneut den Standpunkt der Fraktion DIE LINKE.

Herr Dr. Zeschmann fragt bei Herrn Buhrke nach, inwiefern der Haushaltsplan beschlossen werden könne, wenn der vorliegende Antrag beschlossen würde.

Herr Buhrke verweist auf seine zuvor genannten Möglichkeiten, durch die der Beschluss möglicherweise umzusetzen wäre.

Der Landrat teilt daraufhin mit, dass die Verwaltung bereits daran arbeite und versuchen wolle das Projekt umzusetzen, auch ohne Beschluss dieses Antrages.

Herr Dr. Berger lässt über den Antrag mit dem Änderungsvorschlag von Herrn Dr. Pech abstimmen.

## **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag möge beschließen:

- 1.) Der Landrat wird beauftragt, unverzüglich die zur Errichtung der seit längerem geplanten Wohnungen für die Unterbringung von dem Landkreis zugewiesenen geflüchteten Personen in Schöneiche bei Berlin erforderlichen Schritte einzuleiten.
- 2.) In den Haushalt 2024 sind die erforderlichen Mittel einzustellen.

### ***mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 20 Nein 23 Enthaltung 4*

## **Zu TOP 8      Beratung und Beschlussfassung: Schulspeisung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Oder-Spree Vorlage: 13/DIE LINKE/2023/NEU/NEU/1**

Frau Heinrich dankt der Verwaltung für die durchgeführten Umfragen, verkündet die Auswertungen und verweist auf die Diskussionen im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und im Kreisausschuss. Sie beantrage eine namentliche Abstimmung.

Herr Schroeder warnt vor der zusätzlichen Belastung des Haushaltes des Landkreises durch die Zuschüsse, wenn dieser Antrag beschlossen würde.

Frau von Stünzner stimmt Herrn Schroeder zu, der Antrag sei nicht sinnvoll, da auch viele Schüler trotzdem nicht in der Schulkantine essen gehen würden. Man müsse möglichst an der Qualität des Essens selbst arbeiten, z. B. durch regionale Lebensmittel, statt am Preis.

Frau Bettina Lehmann widerspricht Frau von Stünzner und weist auf einkommensschwache Eltern hin, die nicht auf die Erstattungsmöglichkeiten des SGB II zurückgreifen könnten.

Herr Hamacher spricht sich gegen den Antrag aus, stimmt Frau von Stünzner zu und erklärt sich im Namen der Fraktion BVB Freie/Wähler bereit, zunächst an entsprechenden Konzepten mitzuarbeiten.

Frau Scheufele sieht die Wichtigkeit des Themas, pflichtet Herrn Hamacher bei und stimmt Frau Bettina Lehmann, im Hinblick auf die verdeckte Armut, zu.

Herr Schink verdeutlicht die Unvereinbarkeit zwischen einer regionalen Wertschöpfungskette und möglichst geringen Kosten unter 10 €, gar unter 5 € pro Mahlzeit, die es gäbe.

Frau Bettina Lehmann und danach auch Frau Heinrich, kritisieren das Nichttätigwerden der Beteiligten und würden eine Konzepterstellung sehr befürworten.

Herr Umbreit teilt seine Erfahrung mit, dass Kinder sich häufiger freiwillig gegen das Schulessen und für ungesündere Alternativen entscheiden würden, unabhängig von den Kosten.

Herr Aulich widerspricht Frau Heinrich, er sei für das Thema, aber gegen eine aktuelle Finanzierung und bereit zukünftig weiter über die Problematik zu sprechen.

Frau Kaethner unterstützt die Aussagen von Frau Bettina Lehmann und spricht sich gegen Herrn Schink aus.

Frau Scheufele weist daraufhin, dass das Kreisentwicklungsamt des Landkreises Oder-Spree, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Märkisch-Oderland, bereits zu den angesprochenen landwirtschaftlichen Problemen Schritte eingeleitet habe.

Herr Dr. Berger beendet die Diskussion und lässt nun namentlich über den TOP 8 abstimmen. (Anlage 7)

**Beschlussvorschlag:**

- 1.) Mit dem Beginn des Haushaltsjahres 2024 wird an Förderschulen und an den weiterführenden Schulen für die Klassenstufen 5 und 6 in Trägerschaft des Landkreises Oder-Spree, die Höhe des durch die Personensorgeberechtigten zu zahlenden Essensgeldes pro Kind und Essen auf 2,00 EUR festgelegt.
- 2.) Für die Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen des Landkreises Oder-Spree, die nicht unter die Regelung nach 1.) fallen, wird das Essengeld pro Essen auf 2,50 EUR festgesetzt.

Die Differenz zu den Kosten der durch die Essensanbieter aufgerufenen Preise trägt der Landkreis.

***mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 11 Nein 38 Enthaltung 0*

**Zu TOP 9      Beratung und Beschlussfassung: Neubesetzung des  
Kreisausschusses nach § 41 Absatz 6 Brandenburgische  
Kommunalverfassung (BbgKVerf)  
Bestellung der Mitglieder und Stellvertreter für den Kreisausschuss  
Vorlage: 074/2023**

Herr Dr. Berger fragt die Fraktionen CDU, AfD und DIE LINKE, ob es im Vorfeld eine Einigung gegeben habe. Dies sei nicht der Fall.

Herr Dr. Mühlberg ergreift das Wort und verkündet, dass er der AfD-Fraktion beitreten wolle.

Frau Kaethner beantragt ebenfalls eine Aufnahme in die AfD-Fraktion.

Herr Steffen erklärt daraufhin den Anwesenden das kommunalrechtliche Vorgehen.

Nach einer kurzen Pause teilt Herr Dr. Berger mit, dass ihm von der AfD-Fraktion eine schriftliche Mitteilung vorliege, mit der die Aufnahme von Herrn Dr. Mühlberg und Frau Kaethner bestätigt würde. Da nun eine Neuberechnung erforderlich sei, lässt Herr Dr. Berger darüber abstimmen, ob der TOP 9 an das Ende der öffentlichen Sitzung verschoben werden solle.

***mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 3 Enthaltung 8*

Somit wird der TOP 9 an das Ende der öffentlichen Sitzung verschoben.

**Zu TOP 10      Beratung und Beschlussfassung: 3. Fortschreibung des integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes (AWIKO) für den Landkreis Oder-Spree 2022**  
**Vorlage: 063/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die 3. Fortschreibung des integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Oder-Spree 2022

**mehrheitlich zugestimmt**  
*Nein 1 Enthaltung 0*

**Zu TOP 11      Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung -**  
**Vorlage: 060/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Erste Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung – Abfallentsorgungssatzung – vom 06.12.2023 (Anlage 1).

**mehrheitlich zugestimmt**  
*Nein 2 Enthaltung 1*

**Zu TOP 12      Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung -**  
**Vorlage: 061/2023**

Es werden keine entscheidungsrelevanten Redebeiträge vorgebracht.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Erste Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung – Abfallgebührensatzung – vom 06.12.2023 (Anlage 1).

**mehrheitlich zugestimmt**  
*Nein 1 Enthaltung 6*

**Zu TOP 13      Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung - Vorlage: 062/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Erste Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen – Benutzungsgebührensatzung – vom 06.12.2023 (Anlage 1).

***mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 3*

**Zu TOP 14      Beratung und Beschlussfassung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 Vorlage: 064/2023/1**

Der Vorsitzende erteilt Herrn Dr. Zeschmann das Wort. Dieser stellt im Namen der AfD-Fraktion einen Ergänzungsantrag. Er geht auf Maßnahmen zum Sparen ein, um im Hinblick auf geplante Schulbauvorhaben, die Umsetzung zukünftiger Projekte zu sichern. Ein Haushaltsausgleich müsse spätestens 2026 erfolgen, damit man danach Kredite aufnehmen könne.

Herr Schroeder spricht zum Haushaltsdefizit. Man müsse die Kreisverwaltung leistungsfähiger aufstellen und Einnahmen steigern, zum Beispiel durch eine erhöhte Wirtschafts- und weniger Kulturförderung. Es dürften keine neuen Ausgaben geschaffen werden und auch wenn das niemand wolle, müsse man wohl bei freiwilligen Aufgaben sparen. Die Kreisumlage zu erhöhen sei keine Option, da die Haushalte der Gemeinden genauso belastet seien.

Herr Papendieck geht auf Errungenschaften ein, die es in der letzten Zeit gegeben habe, zum Beispiel beim ÖPNV und Rettungsdienst. Die Umsetzung des Grundschulbaus in Fürstenwalde ginge voran. Der Landkreis Oder-Spree stünde im Vergleich gut da, auch mit Blick auf das Wirtschaftswachstum. Er hofft, dass die Kreisumlage weiterhin stabil gehalten werden könne.

Frau Kaethner widerspricht Herrn Schroeder. Die Mittel für das Dokumentationszentrum in Eisenhüttenstadt dürften nicht verringert werden.

Nun ergreift Herr Schapke das Wort. In Prognosen für 2025 und 2026 würde sich das Haushaltsdefizit des Landkreises i. H. v. 16.000.000 € abbauen. Er beklagt, wieso 2024 nicht bereits gegengesteuert worden sei. Er geht auf die Erhöhung des Personals der Verwaltung in den letzten Jahren ein und vergleicht die eingeplanten Gelder für Bus- und Straßenbahnverkehr mit dem Projekt DALLI.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, lässt Herr Dr. Berger über den ersten Anstrich bei Punkt 1 des Ergänzungsantrages der AfD-Fraktion abstimmen.

***mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 9 Enthaltung 5*

Nun erfolgt die Abstimmung zum zweiten Anstrich bei Punkt 1 des Ergänzungsantrages.

**mehrheitlich abgelehnt**

Ja 12 Enthaltung 3

Der Vorsitzende lässt über die bisherige Beschlussvorlage abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

1. - Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2024.
  - Er bestätigt die von der Verwaltung vorgenommene Einschätzung zur Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden des Landkreises Oder-Spree.
  - Der Landrat berichtet per 30.09.2024 und 31.12.2024 über die Erfüllung des Haushaltsplanes 2024.
2. - Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan des „Kommunalen Wirtschaftsunternehmens Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2024.

**mehrheitlich zugestimmt**

Nein 10 Enthaltung 7

**Zu TOP 15      Beratung und Beschlussfassung: Außerplanmäßige  
Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022  
Vorlage: 072/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt für das Jahr 2022 im Rahmen des Jahresabschlusses außerplanmäßige Aufwendungen-Auszahlungen für den Gesundheitsschutz/Gesundheitspflege  
- Corona

**mehrheitlich zugestimmt**

Nein 3 Enthaltung 7

**Zu TOP 16      Beratung und Beschlussfassung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2024  
Vorlage: 058/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt entsprechend der *Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des kommunalen ÖPNV* vom 8. Dezember 2021 den ÖPNV-Investitionsplan des Landkreises Oder-Spree für das Jahr 2024 und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

**einstimmig zugestimmt**

Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 17      Beratung und Beschlussfassung: Gewährung einer Zuwendung an die  
Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH zum Kauf einer  
barrierefreien 4. Straßenbahn im Jahr 2024  
Vorlage: 067/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt eine Zuwendung zur Beschaffung einer vierten barrierefreien Straßenbahn in Höhe von 1.072.500 € an die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH in den Jahren 2024/2025 für die Straßenbahnlinie 87.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 18      Beratung und Beschlussfassung: Gewährung einer Zuwendung an die  
Gemeinde Grünheide (Mark) für die Neugestaltung des  
Bahnhofsumfeldes Fangschleuse (Neubau) in den Jahren 2024-2026  
Vorlage: 068/2023**

Herr Dr. Zeschmann hinterfragt die Angemessenheit des Vorhabens.

Frau Kaethner stimmt Herrn Dr. Zeschmann zu.

Herr Dr. Pech verweist auf die Zuständigkeit der Gemeinde und differenziert zwischen dem Thema Trinkwasserschutz und finanzielle Unterstützung der Gemeinde bei ihrem Vorhaben.

Herr Papendieck befürwortet die Beschlussvorlage und deren Folgen, wie zum Beispiel mehr Sicherheit auf den Bahnsteigen und die erhöhte Nutzung des Zugverkehrs.

Herr Dr. Zeschmann setzt entgegen, dass eine dringend benötigte Verlängerung der Bahnsteige kostengünstiger umzusetzen sei.

Da keine weiteren entscheidungsrelevanten Redebeiträge vorgebracht werden, lässt der Vorsitzende über den TOP abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt entsprechend der *Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des kommunalen ÖPNV* vom 8. Dezember 2021 eine Zuwendung für die Maßnahme „Neubau Bahnhofsvorplatz Fangschleuse“ in Höhe von 220.000,00 € an die Gemeinde Grünheide (Mark), in den Jahren 2024 bis 2026. Die Maßnahme wird in die ÖPNV-Investitionsplänen für die Jahre 2024 bis 2026 integriert.

***mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 8 Enthaltung 3*

**Zu TOP 19      Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740, Abschnitt 010, untergliedert in zwei Bauabschnitte: 1. BA Ortsausgang Demnitz bis Ortseingang Steinhöfel und 2. BA von der L 38 bis Ortseingang Demnitz  
Vorlage: 069/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung und Vorbereitung des Neubaus des straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740 Abschnitt 010 von der L 38 bis zum Ortseingang Demnitz und vom Ortsausgang Demnitz bis zum Ortseingang Steinhöfel in 2. Bauabschnitten auf einer Länge von ca. 2.822 m.

***einstimmig zugestimmt***  
*Nein 0 Enthaltung 3*

**Zu TOP 20      Beratung und Beschlussfassung: Schaffung zusätzlicher Raumkapazitäten an der Erich Kästner - Schule Fürstenwalde, Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“  
Vorlage: 070/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der Errichtung weiterer, dringend zum Schuljahr 2024/25 benötigter Raumkapazitäten aufgrund des Schüleraufwuchses und eines Interimsstandortes für die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes während der baulichen Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen am Standort der Erich Kästner-Schule Fürstenwalde, Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ zu beauftragen.

***einstimmig zugestimmt***  
*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 21      Beratung und Beschlussfassung: Rettungsdienstgebührensatzung 2024  
Vorlage: 071/2023**

Erläuterungs- oder Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die anliegende Gebührensatzung für den Rettungsdienst 2024 (Siehe Anlage 1).

***einstimmig zugestimmt***  
*Nein 0 Enthaltung 1*

## Zu TOP 22      Veränderungen in den Ausschüssen

Folgender Vorschlag der AfD-Fraktion liegt vor:

Frau Ute Bienia-Habrich wird als stimmberechtigtes Mitglied im Ausschuss für Haushalt, Finanzen/Beteiligungen abberufen. Das Amt wird durch das neuberufene stimmberechtigte Mitglied, Herrn Dr. Philip Zeschmann, ausgeübt. Für den freien Sitzplatz im Ausschuss für Haushalt, Finanzen/Beteiligungen wird Herr Dr. Volker Wand als sachkundiger Bürger benannt.

Um Abstimmung wird gebeten.

**mehrheitlich zugestimmt**

Nein 3    Enthaltung 15

## Zu TOP 23      Fortsetzung TOP 9

Im Anschluss wird TOP 9 erneut aufgerufen. Herr Dr. Berger informiert, dass seitens der Verwaltung bereits eine Neuberechnung der Sitzverteilung nach Fraktionsstärke im Kreisausschuss nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren erstellt wurde. Es entfällt das Los-Verfahren.

Der Vorsitzende lässt nun über den TOP 9 abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag bestellt durch einen offenen Wahlbeschluss 14 Mitglieder und ihre Stellvertreter in den Kreisausschuss.

<b>Fraktion</b>	<b>Mitglied</b>	<b>Stellvertreter</b>
<u>SPD</u>	1. Mathias Papendieck 2. Holger Wachsmann 3. Dr. Franz H. Berger	1. Ingrid Siebke, 2. Juliane Meyer, 3. Ronny Wuttke, 4. Ralf Umbreit, 5. Pamela Eichmann, 6. Jochen Mangelsdorf, 7. Barbara Buhrke
<u>Die LINKE</u>	1. Dr. Artur Pech 2. Rita-Sybille Heinrich	1. Dr. Bernd Stiller 2. Gabriele Weitzel 3. Dr. Jörg Mernitz
<u>CDU</u>	1. Günter Luhn 2. Christian Schroeder	1. Karin Lehmann 2. Eberhard Birnack 3. Ralf-Torsten Noack 4. André Schaller
<u>AfD</u>	1. Lars Aulich 2. Jürgen Gebauer 3. Dr. Philip Zeschmann	1. Veronika Jolanta Kuo 2. Uta Bienia-Habrich 3. Bernhard Storek 4. Maik Diepold
<u>FDP/BJA/BVFO</u>	1. Klaus Losensky 2. Hartmut Noppe	1. Peter Kaufmann 2. Benjamin Meise
<u>BVB/Freie Wähler</u>	1. Kai Hamacher	1. Thoralf Schapke 2. Jörg Westphal 3. Peter Winter
<u>B90/DIE GRÜNEN</u>	1. Oliver Heisel	1. Anja Grabs

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 1*

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Franz H. Berger  
Vorsitzender des Kreistages

Annalisa Campisano  
Protokollantin

### **Anlagen**

Anlage 1 – Anwesenheitsliste

Anlage 2 – Geschäftsbericht des Landrates

Anlage 3 – Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung

Anlage 4 – Anfrage 1 mit Antwort zum Thema Umsatzsteuer und Parkplätze

Anlage 5 – Anfrage 2 mit Antwort und Anlage Rahmenkonzept zur Personalentwicklung

Anlage 6 – Anfrage 3 mit Antwort zur Haushaltssituation in den Kommunen

Anlage 7 – Namentliche Abstimmung zu TOP 8